

**Rede in Burg zum verschobenen Ostermarsch 2020 am 29.08.2020  
von Kristin Heiss, Mitglied des Landestages Sachsen-Anhalt , DIE LINKE  
Es gilt das gesprochene Wort.**

Liebe Aktivistinnen und Aktivisten!  
Liebe Friedensbewegte!

Schön, dass ihr heute zum nachgeholt Ostermarsch nach Burg gekommen seid.

Die Stadt Burg ist Standort der Clausewitz-Kaserne, ein Kaserne, die 1937 bei der Aufrüstung der Wehrmacht gebaut wurde und auch heute noch militärisch genutzt wird, als so genanntes Bundeswehr-Dienstleistungszentrum mit ca. 660 Beschäftigten. Das Dienstleistungszentrum ist übrigens auch für Schnöggersburg zuständig.

Der Kasernen-Standort, der sonst bei Aktionen der Friedensbewegung wenig Beachtung findet, hat in diesem Jahr neue Bedeutung und Bekanntheit erlangt. Anfang März reisten hier rund 60 US-Fahrzeuge in sechs Konvois an. Rund 120 US-Soldaten kamen aus Richtung Nordrhein-Westfalen und zogen nach einer kurzen Pause weiter nach Brandenburg. Grund dieser Aktion war Defender 2020.

Ihr erinnert euch: Es sollte das größte Militär-Manöver seit 25 Jahren werden, wie die NATO es ankündigte: 38.000 Soldaten aus 19 Nationen, mehr als die Hälfte davon aus den USA, sollen den blitzschnellen Truppentransport trainieren. Die Route soll von Deutschland bis ins Grenzgebiet zu Russland führen. In Polen, im Baltikum und in Georgien sollen die NATO-Verbündeten in parallelen Manövern den bewaffneten Kampf üben. Kriegsspiele der Superlative.

Deutschland sollte dabei im Zentrum stehen, als logistische Drehscheibe, als Bündnis- und Manöverpartner. Dann aber kam Corona. Im März stieg die Bundeswehr aus, die Amerikaner verlegten nur noch etwa 5.000 bis 6.000 Soldaten nach Europa.

Das nun wegen Corona deutlich verkleinerte Manöver war Anlass vielfältiger Kritik. Friedensbewegungen in ganz Deutschland werteten diesen als Provokation gegenüber Russland, weil es massive Truppenaufmärsche an der russischen Westgrenze bedeutete.

Die Entwicklung gegenüber Russland ist eindeutig: Besonders nach 2014, dem Jahr der Krim-Annexion, sind die Rüstungsausgaben weltweit gestiegen.

Heute liegen sie wieder so hoch wie in der Hochrüstungsphase des Kalten Kriegs, und mehr als die Hälfte davon geht auf das Konto der NATO-Staaten. Unangefochtener Spitzenreiter sind nach wie vor USA. Sie geben weit mehr als doppelt soviel für die Landesverteidigung aus wie das zweitplatzierte China, und zehnmal soviel wie die Russische Föderation.

Defender 2020 ist ein Symbol für die Rückkehr in den Kalten Krieg – Rüstungswettlauf und nukleares Eskalationsrisiko inklusive. Die nukleare Rüstungsspirale dreht sich, das Schreckgespenst Atomkrieg ist in der Tagespolitik zurück. Statt politischer Verhandlungen und Deeskalation setzt man wieder auf Konfrontation und ein Festhalten am 2-Prozent-Ziel bei den Militärausgaben.

**Rede in Burg zum verschobenen Ostermarsch 2020 am 29.08.2020  
von Kristin Heiss, Mitglied des Landestages Sachsen-Anhalt , DIE LINKE**

**Es gilt das gesprochene Wort.**

Doch leider gibt es noch mehr Beunruhigendes zu berichten: Erst im vergangenen Jahr hat US-Präsident Trump einen der letzten bedeutenden Abrüstungsverträge gekündigt: den „Intermediate Nuclear Force Treaty“, INF, mit dem Ronald Reagan und Michail Gorbatschow im Jahr 1987 das Ende der Abschreckungs-Ära besiegelt hatten.

Diese fehlende Rüstungskontrolle schürt nun das gegenseitige Misstrauen weiter. Männer wie Trump, Putin und Xi Jinping treiben die Aufrüstung weiter voran. Der letzte bedeutende Rüstungskontrollvertrag mit dem Namen „New Start“, droht im Jahr 2021 sang- und klanglos auszulaufen.

Nicht mal der Ausbruch der Corona-Pandemie wird daran etwas ändern. NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg forderte die Mitgliedsstaaten sogar auf, trotz der wirtschaftlichen Folgen an der Erhöhung der Verteidigungsausgaben festzuhalten.

Dabei zeigt uns doch die im März erschienene Studie von Greenpeace zu Rüstungsexporten deutlich, dass Aufrüstung eine Sackgasse ist. Trotz diverser Normen, Regeln und Gesetze verstößt Deutschland immer wieder gegen diese Kriterien. Kinder, Frauen, Familien werden mit Waffen aus Deutschland getötet oder verletzt.

Trotz des prinzipiellen Friedensgebots im Grundgesetz exportiert Deutschland weiterhin Kriegswaffen und Rüstungsgüter an umstrittene Drittstaaten. Solche Rüstungsexporte sind zum Regelfall geworden –in den vergangenen zehn Jahren gingen bis zu 60 Prozent deutscher Kriegswaffen und Rüstungsgüter an Drittstaaten.

Und dazu kommt noch, dass aufgrund der Coronakrise Deutschland in diesem Jahr dem Zwei-Prozent-Ziel der NATO noch näher kommen wird. Denn im Vergleich zur schrumpfenden Wirtschaft steigen die Militärausgaben demnach sprunghaft an.

Das Institut der deutschen Wirtschaft schätzt auf Basis seiner jüngsten Konjunkturprognose, dass der Anteil der Verteidigungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt im laufenden Jahr sprunghaft von 1,36 auf 1,58 Prozent steigen dürfte. Zur Erinnerung: Deutschland hatte in der NATO zugesagt, sich bei den Verteidigungsausgaben bis 2024 auf den Richtwert von zwei Prozent zuzubewegen.

Dabei könnte dieses Geld in anderen Bereichen deutlich besser eingesetzt werden. Wie kann es sein, dass in Deutschland weiter KKH-Standorte verschwinden, Fachärztemangel herrscht, zu wenig Lehrer an den Schulen sind, wir aber unsere Ausgaben für Militär weiter steigern?

Wie kann es sein, dass der ÖPNV weiter ausgedünnt wird, Schwimmbäder schließen müssen und es immer noch und besonders in Sachsen-Anhalt Orte ohne schnelles Internet gibt, wir aber weiter Geld in Waffen, Militärübungen und Schurkenstaaten investieren?

Warum werden Menschen aus Kriegsländern abgeschoben, Familien zerrissen und Integration behindert, dabei ist genug Geld da, es muss nur anders verteilt werden. Und gleichzeitig kommen immer neue Fakten und Zahlen zum Rechtsextremismus in Bundeswehr und KSK ans Licht.

**Rede in Burg zum verschobenen Ostermarsch 2020 am 29.08.2020  
von Kristin Heiss, Mitglied des Landestages Sachsen-Anhalt , DIE LINKE  
Es gilt das gesprochene Wort.**

Liebe Aktivistinnen und Aktivisten,  
liebe Friedensbewegte!

Wir lehnen Aufrüstung, Waffenexporte und Auslandseinsätze der Bundeswehr sowie jegliche deutsche Unterstützung von Militärinterventionen ab. Die Militärausgaben dürfen nicht erhöht, sondern müssen deutlich gesenkt werden. Statt wie die Bundesregierung auf Aufrüstung, Konfrontation und Sanktionen gegen Russland zu setzen, ist es Zeit, eine Friedens- und Entspannungspolitik einzuleiten.

Wir werden uns weiterhin im Bundestag und im Landtag dafür einsetzen, dass Steuergelder für sinnvolle und notwendige Zwecke verwendet werden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Truppenübungsplätze wie die Colbitz-Letzlinger Heide zivil genutzt werden und die höchstwahrscheinlich bestehenden Umweltbelastungen durch Militärübungen und eingesetzte Löschsäume auf den Truppenübungsplätzen aufgeklärt und beseitigt werden. Wir werden weiterhin für eine friedliche, entmilitarisierte und solidarische Welt streiten.

Schön, dass wir bei diesen Themen zusammenstehen.  
Herzlichen Dank!